

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 14

Erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich R. 1.20 ohne und R. 1.60 mit Austr. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postzuschlag. Telephon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Freitag, den 1. Februar.

Insertionsgebühr: die viergespaltene Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg.; Reklame 50 Pfg.; bei mehrmaliger Einrückung entsprechender Rabatt. Druck u. Verlag von H. Reier in Rüdesheim.

1918.

Hierzu Sonntagsbeilage Nr. 5.

Bekanntmachung.

Das Fleisch wird morgen Samstag, den 2. Februar wie folgt verkauft:

1. bei M. Flach:

Bezirk	3	von	8-9	Uhr	vormittags
"	4	"	9-10	"	"
"	5 u. 6	"	10-11	"	"
"	7	"	11-12	"	"
"	8	"	1-2	"	nachmittags
"	9 u. 10	"	2-3	"	"
"	11 u. 12	"	3-4	"	"
"	12 u. 13	"	5-6	"	"
"	1	"	6-7	"	"
"	2	"	7-8	"	"

2. bei Moritz Moos:

Bezirk	17	von	8-9	Uhr	vormittags
"	18	"	9-10	"	"
"	19	"	10-11	"	"
"	20 u. 21	"	11-12	"	"
"	22	"	1-2	"	nachmittags
"	23	"	2-3	"	"
"	24	"	3-4	"	"
"	25 u. 14	"	5-6	"	"
"	15	"	6-7	"	"
"	16	"	7-8	"	"

Das Gewicht wird in den Verkaufsstellen bekannt gegeben.

Es wird dringend gebeten, daß sich die Versorgungsberechtigten Keller oder Papier mitbringen.

Am Montag, den 4. Februar erhalten frische Wurst:

1. bei M. Flach, Bezirk 23 von 9-10 Uhr
2. bei M. Moos, Bezirk 22 von 9-10 Uhr

Es entfällt ein Anteil von 125 Gramm auf den Kopf der Erwachsenen, Kinder die Hälfte.

Von der Fleischkarte wird der letzte Abschnitt abgetrennt.

Nur Urlauber aus dem Felde haben Anspruch auf Wurst und werden hierfür Bezugscheine nur Sonntags von 9-12 ausgegeben.

Rüdesheim, den 1. Februar 1918.

Der Magistrat.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 30. Januar (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerferkampf. Die Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southend, sowie Dunkirk, Gravesend und Calais wurden mit Bomben beworfen. Im Luftkampf wurden gestern acht feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues. Mazedonische Front. Der Vorstoß feindlicher Kompanien gegen bulgarische Feldwachtungen nordöstlich vom Doiransee wurde abgewiesen.

Italienischer Kriegsschauplatz. Auf der Hochfläche von Asiago haben die Italiener mit starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Monte Slemel sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Der Monte di Val Bella und Col di Rosso blieben nach hartem Kampf in den Händen des Feindes.

Großes Hauptquartier, 31. Januar (H. T. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Die Geschütztätigkeit auf Artillerie- und Minenwerferkämpfe an einzelnen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebietes angegriffen. Dank unserer Abwehrmaßnahmen trafen nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein. Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Luftangriff in der Nacht zum 31. Januar mit 14 000 Rito Bomben belegt.

Italienischer Kriegsschauplatz. Südwestlich von Asiago scheiterte ein italienischer Luftangriff im Feuer. Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Artillerietätigkeit reger. Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Der österreichisch-ungarische Generalstab meldet:

Wien, 30. Jan. (H. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Die schweren Kämpfe auf der Hochfläche Asiago dauern an. Südwestlich von Asiago und im Gebiete des Monte Slemel scheiterten alle italienischen Angriffe unter großen blutigen Verlusten. Der Monte di Val Bella und der Col del Rosso mußten nach heldenmütiger Verteidigung und jähem Ringen den an Zahl immer stärker herangeführten feindlichen Kräften überlassen werden.

Wien, 31. Jan. (H. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Südwestlich von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß abgewiesen. Auf dem Ostteil der Hochfläche von Asiago blieb die Geschütztätigkeit auf lebhafte Artilleriekämpfe beschränkt. Die Zahl der in den letzten Kämpfen eingebrachten Gefangenen erhöhte sich auf 15 Offiziere und 660 Mann.

Greignisse zur See.

Berlin, 30. Jan. (H. T. B. Amtlich.) Unseren U-Booten fielen im mittleren und östlichen Mittelmeer kürzlich 19 000 Britoregister-tonnen Handelsfahrzeugsraum zum Opfer. Im besonderen wurde dadurch der Transportverkehr nach Italien getroffen. U. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootjäger gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Auf den Seeverkehr nach Italien wirkt unser U-Bootkrieg geradezu verheerend. Dem „Popolo Romano“ vom 22. Januar zufolge, schätzt der italienische Finanzminister Fitti den Verlust der italienischen Handelsflotte im Verlaufe dieses Krieges auf 55 v. H. Diese Entwicklung erfüllt uns Deutsche mit umso größerer Genugtuung, als das Vertrauen auf die freie Schifffahrt für Italien die selbstverständliche Voraussetzung bildete zu einem Verrat am Dreibunde und zum Anschluß an England. Nun steht die Einfuhr von Kohlen, Erzen und Lebensmitteln. Die Eisenbahnen und selbst die Kriegsindustrie leiden mit. Italien ist völlig auf die Gnade Englands angewiesen, das die Front in Venetien als Nebenkriegsschauplatz behandelt und nur hilft, wenn Italien weiter opfert für die uneigennütigen Pläne der Entente.

Berlin, 31. Jan. (H. T. B. Amtlich.) Im Sperengebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote fünf Dampfer versenkt, davon drei tiefbeladen im Mittelkanal bei sehr starker feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen.

London, 30. Jan. (H. T. B. Nichtamtlich.) Amtliche englische Meldung. Der Transporthafen „Ragon“ (9588 B.-R.-T., Royal Mail) wurde am 30. Dezember im östlichen Teil des Mittelmeeres torpediert und zum Sinken gebracht. Ein britischer Torpedojäger wurde, als er damit beschäftigt war, die Überlebenden aufzufischen, ebenfalls torpediert und versenkt, wie bereits im Communiqué vom 7. Januar gemeldet wird. Das Hilfskriegsschiff „Osmanich“ (4041

B.-R.-T., Rhebivial Mail S. S. Co.), ist am 31. Dezember an ungefähr derselben Stelle auf eine Mine gelaufen und gesunken. Mit dem Dampfer „Ragon“ sind vier Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 15 Mitglieder der Besatzung, zehn Armeecoffiziere und 581 Personen ums Leben gekommen, mit dem Dampfer „Osmanich“ drei Schiffsoffiziere, darunter der Kapitän, 21 Mitglieder der Besatzung, kein Armeecoffizier, 166 Soldaten und acht Fliegerinnen. Von diesen beiden Schiffen war in der Unterhausdebatte vom 24. Januar die Rede.

Daag, 30. Jan. Reuter meldet aus London: Bei dem gefrigen Luftangriff wurden 14 Mann, 17 Frauen und 16 Kinder getötet und 98 Mann, 50 Frauen und 17 Kinder verwundet. Mit Ausnahme eines Toten und 7 Verwundeten fanden alle Unglücksfälle in London statt. Der verursachte Schaden ist bedeutend.

Reuter meldet offiziell über den letzten Luftangriff auf London: Die letzten Berichte besagen, daß gleichzeitig gegen 8 Uhr abends zwei Gruppen feindlicher Flieger über die Küste von Essex und eine Gruppe über die Küste von Kent flogen. Die beiden ersten Gruppen flogen über Essex nach London zu und erreichten kurz nach 9 Uhr von Osten und Nordosten her die Hauptstadt. Von den Fliegern, die über Kent durchdrangen, warfen drei auf die Insel Thanet und Sheppey Bomben ab. Die übrigen überflogen die Themsemündung und näherten sich London ebenfalls von Osten her. Etwa 15 Flieger nahmen an dem Angriff teil, von denen vier die Hauptstadt erreichten und gegen 9 und 10 Uhr auf die verschiedenen Distrikte Bomben abwarfen. Kurze Zeit nach dem ersten Angriff überflogen wiederum feindliche Flieger die Küste bei Essex, doch nur einer erreichte London und drang von Norden her über die Stadt und ließ zwischen 12¼ und 12¾ Uhr Bomben fallen.

Die Friedensverhandlungen

W. T. B. Brest-Litowsk, 30. Jan. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Großwesirs Talaat-Bascha eine Plenarsitzung statt, die von dem Vorsitzenden mit einer Begrüßung der erschienenen Delegationen eröffnet wurde. In einleitenden Worten wies Talaat-Bascha darauf hin, daß seit Eintritt der letzten Pause gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung der einzelnen Delegationen eingetreten seien, weshalb er die Vorsitzenden der einzelnen Delegationen, bei denen solche Veränderungen stattgefunden haben, bitte, hiervon der Plenarversammlung Mitteilung zu machen. Hierauf teilte Staatssekretär v. Bühlmann mit, daß die kaiserliche Staatsregierung, von einem ihr vertragsmäßig zustehenden Recht Gebrauch machend, im Einverständnis mit dem Kaiser und dem Reichskanzler, den Staatsminister Graf Bodewils-Dürnh als ihren Vertreter zu den Verhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt habe, so daß Staatsminister Graf Bodewils von nun an als Mitglied der deutschen Delegation an den Verhandlungen teilnehmen werde.

Herr Trotski gab darauf die Erklärung ab, daß in der Zusammensetzung der russischen Delegation zwei Veränderungen vorgenommen worden seien. Eine Änderung sei persönlicher Natur, indem an den weiteren Verhandlungen auch der Volkskommissar für Staatseigentum Herr Karelin teilnehmen werde. Die andere Veränderung trage einen staatsrechtlichen politischen Charakter und betreffe die Einreichung von zwei Mitgliedern der ukrainischen Volksrepublik in die russische Delegation, wovon bereits schriftlich Mitteilung gemacht worden sei. Die Regierung der Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten der ukrainischen Volksrepublik habe drei Mitglieder zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen entsandt, von denen das eine Mitglied, Volkskommissar und Volks-Staatssekretär Herr Sotowski, in Petersburg zurückgeblieben, und in die Regierung des Rats der Volkskommissare eingetreten sei. Die beiden anderen, und zwar der Vorsitzende des Exekutivausschusses Herr Neb-

wieder und Volks-Staatssekretär für militärische Angelegenheiten Schachran befand sich in Brest-Litowsk, und zwar innerhalb des Verbands der russischen Delegation. Diese Tatsache, die von größter Bedeutung für den Gang der Verhandlungen sei, spiegele die Lage wider, wie sie sich in der Ukraine als Ergebnis der jüngsten Ereignisse entwickelt habe. Da die Gegenparteien ein Interesse daran hätten, genau über die Zustände in der Ukraine unterrichtet zu sein, so halte er es für notwendig, eine kurze Erläuterung zu geben. Die ukrainischen Räte der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndelegierten führten in der ganzen Ukraine einen entschiedenen Kampf gegen die Kiewer Rada, bei dem in vielen Teilen der Ukraine die Partei der Räte siegte, die in vollständiger Übereinstimmung mit dem Petersburger Rat der Volkskommissare aufträte. Das ganze Kohlenbecken des Donbass, das ganze Bergwerksgebiet Jekaterinoslaw und des Gouvernements Charkow und Poltawa seien in der Gewalt der ukrainischen Sowjets. In anderen Teilen der Ukraine mache die Macht der Sowjets, und gehe der Einfluß der Kiewer Rada stetig zurück. Am Tag der Abreise Trozki aus Petersburg sei auf direktem Draht aus Kiew gemeldet worden, daß das Kiewer Generalsekretariat zurückgetreten sei. Welche Lösung die Krise in der Kiewer Regierung gefunden habe, welchen Einfluß es auf die Delegation des Herrn Holubowitsch ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch gehe aus dem Dargelegten jedenfalls hervor, daß ein mit der Delegation des Kiewer Generalsekretariats geschlossener Friede unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Friede mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne. In seiner Rede im Hauptauschuß des Reichstags habe es Staatssekretär v. Kühlmann so dargestellt, als ob die russische Delegation die ukrainische so lange anerkannt habe, wie sie annehmen konnte, letztere würde die Rolle einer Hilfsarmee spielen. Jetzt aber, wo die russische Delegation ihren Fehler eingesehen habe, verweigere sie ihr Anerkennung. Dies sei eine subjektive Darstellung des Vorgangs. Schon in der ersten Sitzung, in der die Frage der ukrainischen Delegation angeschnitten worden sei, habe er erklärt, daß der Prozeß des Selbstbestimmungsrechts der Ukrainer noch im Werden begriffen sei. Jetzt, wo in Petersburg der allrussische Kongreß der Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten tagte, auf dem auch die ukrainischen Sowjets vertreten seien und wo einstimmig die föderative Grundlage für die russische Republik geschaffen würde, entspreche die Aufnahme von Vertretern des ukrainischen Volkssekretariats in die hiesige Delegation, durchaus Zuständen, die in der russischen Republik herrschten. Wenn in der Delegation Herr Holubowitsch nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erhebe seine Delegation keinen Einspruch gegen deren fernere Teilnahme an den Friedensverhandlungen. Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußlands ihre formelle Bestätigung fänden.

Hierauf gab im Namen der in Brest-Litowsk zurückgebliebenen Vertreter der ukrainischen Volksrepublik Herr Lewytzkyj folgende Erklärung ab: „Vor der Abreise unserer Vertreter wurde unter den Mitgliedern der Delegation verabredet, daß bis zum Wiedereintreffen der ganzen Abordnung einzelne hier zurückgebliebene Mit-

glieder in politischen Fragen nicht auftreten sollten. Daher bleibt die Stellungnahme unserer Delegation zu den hier abgegebenen Erklärungen des Vertreters des Rats der Volkskommissare, sowie zu der Frage der Zurückziehung von Vertretern der Stadt Charkow zur russischen Delegation bis zum Wiedereintreffen unserer Abordnung vorbehalten.“

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, daß er im Namen der Verbündeten befürworte, die Erörterung über die Darlegungen des Herrn Trozki bis nach dem Eintreffen der Delegation der Kiewer Rada aufzuschieben. Er lege Wert darauf, festzustellen, daß der Vorsitzende der russischen Delegation seinerzeit mit seinem Worte angedeutet habe, daß neben der Abordnung des Herrn Holubowitsch noch eine andere Körperschaft vorhanden sei, welche Anspruch erhebe, namens der Ukraine zu sprechen. Die Lage scheine ihm kurz die zu sein, daß das Bestehen der ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt sei, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften behaupten, berechtigt zu sein, international die freie ukrainische Republik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage mit Gründlichkeit prüfen.

Trozki erwiderte, er habe seinerzeit tatsächlich nicht erwähnt, daß auf dem ukrainischen Gebiet neben der Rada noch eine zweite Körperschaft bestünde, welche den Anspruch erhebe, das ukrainische Volk zu vertreten. Es sei für die russische Delegation kein Anlaß gewesen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, solange die Räte der ukrainischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten noch nicht entschieden hätten, ob sie eigene Vertreter zu den Friedensverhandlungen entsenden wollten. Die Frage, welche der beiden Delegationen das Recht habe, endgültig über die Wünsche der ukrainischen Republik zu sprechen, werde nach dem Ergebnisse des Kampfes zwischen den beiden Organisationen zu entscheiden sein.

Der Minister des Äußern Graf Czernin erklärte, sich der von Staatssekretär von Kühlmann ausgesprochenen Ansicht anzuschließen, daß die Erörterung der Stellung, welche die ukrainische Delegation bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe, bis zum Eintreffen der Kiewer Delegation aufzuschieben sei. Da er jedoch es bedauerlich halten würde, die Zeit unnütz verstreichen zu lassen, so möchte er anregen, daß in zwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehme. Diesem vom Grafen Czernin ausgesprochenen Wunsch schloß sich Trozki an. Er erklärte, es sei nur noch notwendig, auf eine Angelegenheit zurückzukommen, welche bei Beginn der letzten Verhandlungsperiode eine Rolle gespielt habe. Damals sei angeblich ein von der Petersburger Telegraphenagentur ausgegebenes Telegramm über eine in der ersten Sitzungsperiode abgegebene Erklärung Joffes zur Sprache gebracht worden und darauf hingewiesen worden, daß diese Depeche den Sachverhalt in wahrheitswidriger Weise darstelle. Er habe darauf erklärt, daß der deutsche und der österreichisch-ungarische antliche Bericht über fragliche Erklärung Joffes richtig gewesen sei, während der angebliche Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur nicht den Tatsachen entspreche. In dieser Sache habe er jetzt in Petersburg eine Untersuchung vornehmen lassen, in der festgestellt worden sei, daß die Petersburger Telegraphen-Agentur ein solches Telegramm überhaupt nicht abgeschickt habe. Wie dieses Mißverständnis oder diese Fälschung entstanden sei, vermöge er nicht nachzuprüfen. Er überlasse es den

darum interessierten Stellen, dies festzustellen. Talaat-Pascha schloß hierauf die Sitzung mit dem Vorschlage, die Kommissionsberatung wieder aufzunehmen.

Stockholm, 30. Jan. Trozki hat sich in die Taktik, die er weiter in Brest-Litowsk verfolgen will, zu verschiedenen Freunden folgen lassen. Er äußerte: „Sein oberster Grundsatz war die Verhandlungen möglichst einzuziehen. Die russischen Delegierten wollten möglichst viele Propagandareden im Fenster hinaus an die Adresse der Bevormundung der Kaiserreiche halten. Die Zentralmächte würden dann schließlich doch die Verhandlungen verweigern und auf Weiterführung der Verhandlungen verzichten. Dann müßten die Vertreter der Zentralmächte mit leerer Hand belastet dem Odium des Abbruchs der Verhandlungen aufhelfen. Sie würden von den Völkern, die inzwischen genügend international gearbeitet wären, übel empfangen werden und dann hoffentlich bald den Umsturz in den eigenen Ländern erleben.“

Köpenick, 30. Jan. Die Prostrationen in Petersburg sind in den letzten Tagen wesentlichen. Vielfach wurden Prostrationen geübt. Eine aus Ärzten, Studenten und Arbeitervertretern bestehende Sanitätskommission bereitet Maßnahmen gegen den um sich greifenden Typhus vor, der vielfach als Hungertyphus bezeichnet wird. Wie die Times meldet, gibt die russische Presse nun zu, daß die Bevölkerung der Hauptstadt anstehende Krankheiten, wie Typhus, dezimiert ist. Der ganze Sanitätsdienst ist infolge des revolutionären Wahnsinns lahmgelegt. Die wenigen Ärzte, die noch vorhanden sind, drohen nach Deutschland abzureisen, wenn weiterhin das russische Proletariat die Ärzte und die Sanitären in den Krankenhäusern terrorisiert. Auch über die Verschärfung der Lebensmittel und ihre traurigen Folgen berichtet „Times“ ausführlich.

Berlin, 30. Jan. Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Dem Bruzewitsch, des Stabschefs der Oberkommandos das wörtlich lautet:

Vollkommene Machtlosigkeit. Viele Frontteile entblößt. Auf der Westfront kommen auf die Westfront nur 160 Bataillone. Die Reserven lösen ihre Kameras in den Schützengräben nicht ab. Eine ungeheure Zahl erfahrener militärischer Vorgesetzter ist bei Wahlen ausgeschieden. Der jetzige Bestand Stäben ist ohne Erfahrung. Der Stab und Behörden werden in Kürze zu arbeiten aufhören, da niemand mehr arbeiten kann. Generalstabsoffiziere sind nicht vorhanden. Die Arbeitsbedingungen in den Stäben sind entsetzlich. Wirtschaftlich herrscht eine vollkommene Auflösung. Ausbildung und Ordnung der Truppen sind nichts wert. Ordnung im Heere gibt es nicht mehr. Die Verluste werden nicht ausgeglichen. Desertionen finden massenhaft statt. Verurteilte werden nicht zurückgeführt. Zusammenhang ist an vielen Stellen zerrissen. Bestand an Pferde ist fast ganz vernichtet. Befestigungen der Stellungen zerfallen. Die Hindernisse sind zur Erleichterung der Verbündeten und des Handels entfernt. Einen Angriff des Feindes auszuhalten ist unmöglich. Die einzige Rettung des Heeres ist der Rückzug hinter die natürlichen Grenzen.

Berlin, 30. Jan. (B. B.) Der Ver Marschall Haig über den Feldzug 1917 schuld die Schuld des gänzlichen Misserfolges sei

Der goldene Käfig.

Roman von Julius Keller.

157

(Nachdruck verboten.)

So zog sie denn mit den beiden Kindern ein in das Haus des Millionärs, aus welchem derselbe sie einstmals verstoßen hatte, und wenn sie auch nicht viel mehr wie die willenslose Sklavin des rohen, düsterhaften und übermäßig auf seinen Reichtum pochenden Mannes war, so wurde doch wenigstens für ihre Kinder gesorgt. Sie erhielten beide, sowohl Gabriele wie der drei Jahr jüngere Paul eine gute Erziehung, und Behrman schien keine Kosten zu scheuen, um ihnen die Bildung zuteil werden zu lassen, welche er besaß, ohne sie jemals in besonderem Maße zu verraten.

Unter diesen Umständen mußte es das Herz der Witwe mit größter Beforgnis erfüllen, als sie jetzt zu bemerken begann, daß ihr Töchterchen auffallend oft mit dem Lehrer Pauls, welcher diesem bei seinen schwierigen häuslichen Arbeiten hilfreich zur Seite stand, dem Herrn Günther Felsing, zu plaudern wünschte, daß Gabriele meist jäh errötete, wenn der junge Mann kam und überhaupt häufig durch untrügliche Zeichen verriet, daß sie unzweifelhaft ein besonderes Wohlgefallen an dem hübschen, gebildeten, ehrenwerten, leider blutarmer Manne fand.

Frau Horn mußte, wie kümmerlich er sich durchs Leben bringen mußte, daß er Sprachunterricht für wenige Groschen pro Stunde erteilte, oft einen ganzen Tag hindurch umher-

lief, um die Abschrift irgendeines Manuskriptes zu erhalten und dabei doch so viel Stolz besaß, daß er sich dessen schämte und manche Arbeit unterließ, weil er sich herabwürdigen zu müssen glaubte. Solche Menschen bringen es selten zu etwas, dachte Frau Horn besümmerten Herzens, und gab sich den beunruhigendsten Erwägungen hin.

Um endlich Klarheit darüber zu erlangen, ob sie sich nicht täusche oder Gabriele wirklich dem armen — sie wußte nicht, als was sie Felsing bezeichnen sollte — bereits zugetan war, beschloß Frau Horn, die Tochter ein wenig auf den Bahn zu führen.

„Würdest du dich nicht freuen, Kindchen“, fragte sie Gabriele unvermittelt, „eines Tages Frau Baronin, Frau Gräfin oder Frau Marquise zu werden? Du weißt, der Onkel hat Pläne mit dir — Pläne.“

„Ach geh' mir mit des Onkels Plänen, Mama! Er ist ein Despot! Und wen er mir bestimmt, den heirate ich nun schon gar nicht, schon aus Trost nicht, denn er soll nicht immer seinen Willen durchsetzen. Wenn ich mir einmal einen Mann nehmen sollte, dann — na, warum soll ich es nicht sagen? — dann müßte es einer wie Herr Günther Felsing sein.“

In höchstem Schreck fuhr Frau Horn von ihrem Sitz auf.

Sie wußte genug! — Verwundert blickte Gabriele die Mutter an, welche sich an ihrem Nähtisch sehr eifrig beschäftigte und das Gespräch nicht fortsetzen zu wollen schien.

Da fielen die Blicke des jungen Mädchens

auf die Wanduhr, und es war, als ob eine merkwürdige Unruhe sie plötzlich überkäme.

„Es ist so schön heute, Mama“, sagte sie schnell und etwas abfällig, „du hast wohl zu tun?“

„Ja, mein Kind, du weißt es ja“, entgegnete die Mutter, welche ihr den Rücken wendete.

„Nun, dann erlaube mir“, fuhr Gabriele fort, „daß ich mich ein wenig in den Garten begeben. Es ist jetzt wirklich schöne Luft, wenn auch ein bißchen kühl, aber das tut nichts, ich promenierte ja nur.“

Und ohne der Mutter Entgegnung abzuwarten, eilte sie nach einem freundlichen Zuruf für jene aus dem Zimmer und die Treppe hinab. Auf dem Vestibül angelangt, fragte sie den daselbst auf- und niedererschreitenden Portier mit anscheinend gleichgültiger Miene:

„Mein Onkel ist wohl schon wieder ausgefahren?“

„Soeben, Fräulein.“

„Zum Herrn Bankier Kühnemann?“

„Ja wohl, Fräulein.“

Nach dieser Antwort nickte sie dem Manne freundlich zu und begab sich ziemlich eilig auf die andere Seite des weiten, mit Teppichen belegten und großen Blattschiffen besetzten Flures, woselbst eine kleinere Pforte zu der Hintertreppe führte, über welche die Bedienten der Fabrik das Haus verließen.

Hier blieb Gabriele stehen und schien zu warten.

(Fortsetzung folgt.)

Offensiven, die mit ungeheuren blutigen Verlusten endeten, auf die Franzosen, deren Offensive im Frühjahr nicht die entscheidende Wirkung gebracht habe, die man erwartet hatte.

Lugano, 30. Jan. In dem italienischen Garantiefes für den Vatikan heißt es, daß ebenso wie die päpstlichen Behörden auch die Generalate der Orden und Kongregationen unantastbar sein sollen. Trotzdem sind in der vergangenen Woche die Beamten und Sekretäre der Orden und Kongregationen in Rom, soweit sie deutscher Nationalität sind, rücksichtslos interniert worden. Diese scharfe Maßregel trifft auch eine Anzahl von Ordensgeneralen. Alle wurden polizeilich in Klöster der Internierungszone verbracht.

Politische Rundschau.

Berlin, 30. Jan. Ueber die Ablehnung des Empfanges einer Deputation des Berliner Streikkomitees durch den Staatssekretär Baller wird folgendes öffentlich bekannt gegeben:

Gestern vormittag wurde der Staatssekretär des Innern von dem Herrn Abg. Scheidemann benachrichtigt, daß Herr Scheidemann und einige andere Herren der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zusammen mit einigen Vertretern der ausländischen Arbeiter den Staatssekretär zu sprechen wünschten. Der Staatssekretär erwiderte Herrn Scheidemann, daß er über die nach dem „Vorwärts“ von ausländischen Arbeitern erhobenen Fragen sich gern mit Mitgliedern des Reichstags unterhalten wolle, daß er es aber nicht für zulässig erachte, über die in den Forderungen enthaltenen hochpolitischen Fragen mit den Vertretern der ausländischen Arbeiter in Verbindung zu treten. Der Staatssekretär blieb bei seiner Auffassung, nachdem ihm der Abg. Scheidemann nochmals telephonisch den Wunsch übermittelt hatte, die Vertreter der ausländischen Arbeiter zu der Besprechung zuzulassen. In der festgesetzten Stunde trafen im Reichsamt des Innern mit den beiden Abgeordneten Scheidemann und Baase auch zwei Vertreter der ausländischen Arbeiter ein. Die Legitimation dieser Arbeiter wurde dem Ministerialdirektor Dammann im Reichsamt des Innern erklärt, die Arbeiter lämen als Mitglieder des Aktionsausschusses, der eine Vertretung des von den Ausländern gebildeten Arbeiterrates darstelle. Der Aktionsausschuß bestehe aus neun Vertretern der ausländischen Arbeiter und je drei Abgeordneten der beiden sozialdemokratischen Parteien. Der vorerwähnte Arbeiterrat setzte sich aus einer großen Zahl der ausländischen Arbeiter der verschiedenen Betriebe zusammen. Der Staatssekretär bat wiederholt die anwesenden Abgeordneten allein mit ihm zu verhandeln, da er zur Besprechung der politischen vor das Forum des Reichstags gehörigen Fragen mit den Vertretern des Aktionsausschusses nicht verhandeln könne. Da die beiden Abgeordneten indes auf einer gemeinsamen Besprechung bestanden, da sie nur in dieser Gemeinschaft von dem Aktionsausschuß ermächtigt seien, fand die geplante Erörterung mit dem Staatssekretär des Innern nicht statt.

Berlin, 30. Jan. (W. B.) Eine heute in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß zu dem gegenwärtigen Streik folgende Erklärung:

„In Berlin und einigen anderen Stellen im Lande sind in den letzten Tagen größere Teilaufstände erfolgt. Vor der Arbeitsniederlegung wurden bestimmte Forderungen nicht aufgestellt. Erst nachträglich wurde ein Streikprogramm mit überwiegend politischen Forderungen formuliert. In arbeitspolitischer Hinsicht will man die schuldige Verhinderung des Friedens entprechend dem von den russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formulierten Ausführungsbestimmungen. Dieses Verlangen wird zur selben Stunde erhoben, wo unsere Feinde an der Westfront noch auf Preisgabe von Elend und Völkern durch Deutschland bestehen. In innerpolitischer Hinsicht wurde als hauptsächlichste Forderung aufgestellt: „Die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preussischen Landtag.“

Die christlichen Gewerkschaften haben bisher gegen alle Vertriebenungen angelämpft, die geeignet waren, Kriegsverlängerung zu wirken, insofern sie nicht ausreichend mit der Ehre und den künftigen Lebensinteressen des deutschen Volkes begründet werden konnten. Sie haben weiter seit Jahren sich für die innere politische Neuordnung, vor allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen während des Krieges mit Nachdruck eingesetzt und sich an allen diesbezüglichen Bestrebungen beteiligt. Unsere maßgebenden Stellen in Deutschland haben seit längerer Zeit zur Beendigung des Krieges getan, was möglich ist. Arbeitsniederlegungen in der gegenwärtigen ersten Stunde verlängern den Krieg, anstatt ihn abzukürzen. Die russischen Bolschewiki wollen nicht in erster Linie einen für beide Teile vorteilhaften Frieden. Ihr eigentliches Ziel ist vielmehr die Weltrevolution. Mit diesen Bestrebungen gibt es für die christlich-nationalen Arbeiter keine Gemeinschaft. Etwasigen Versöhnungsversuchen auf dem Gebiete der inneren Reform wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit Nachdruck entgegenzutreten wissen. Mit einem Streik kann das gleiche Wahlrecht in Preußen bei der gegenwärtigen Sachlage nicht erzwungen werden. Dafür gibt es in den nächsten Wochen und Monaten ausreichende andere Mittel. Das klare und unabweisliche Verhalten der christlichen Gewerkschaften in Friedens- und inneren Reformfragen gibt ihnen das Recht, die

gegenwärtigen Streiks mit umso größerem Nachdruck zu beurteilen und ihnen entgegenzutreten. Sie sind als ein verantwortungsloses und verbrecherisches Treiben gegen unsere Kameraden und Volksgenossen an der Front, gegen unser Vaterland, Volk und gegen die wohlverstandenen Interessen der deutschen Arbeiter und ihrer Organisationen gerichtet anzusehen. Die christlichen Gewerkschaften lehnen nicht nur eine Gemeinschaft mit dem gegenwärtigen Streik ab, sondern sie erwarten von ihren Angehörigen, daß sie sich überall Arbeitsniederlegungen widersetzen und sich energisch für die ungezügeltere Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft bemühen. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.“

Berlin, 30. Jan. Die von den gestrigen Berliner Abendblättern gemeldeten Zahlen über die Streikbewegung sind, wie wir hören, durchweg zu hoch gegriffen. Auch die amtlichen Zahlen können deshalb nicht genau sein, da sie sich von Stunde zu Stunde ändern. Schon durch die Ueberlastung der Bahnen und den Ausfall von Vorortzügen ist es den Arbeitenden nicht immer möglich, rechtzeitig in ihren Betrieben einzutreffen. An dem Berliner Straßenbild hat sich auch weiterhin nichts geändert. Die Ausstände verlaufen überall ruhig. Zwischenfälle sind nach den amtlichen Mitteilungen der Polizei nirgends vorgefallen. Wie bekannt, hat sich gestern ein Ausschuß gebildet, der aus 250 Personen zusammengesetzt ist. Dieser hat wieder einen Delegationsausschuß von 16 Mitgliedern gebildet, dem drei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen, eine Frau und 9 Arbeiter angehören. Der Oberbefehlshaber in den Marken hat den Ausschüssen ein Verbot zugestellt, nach dem sie die Leitung nicht weiter beibehalten dürfen. Außerdem hat er alle Versammlungen, welche sich mit dem Streik befassen, auch die bereits genehmigten, bis auf weiteres verboten.

Berlin, 30. Jan. Wie der „A. A.“ schreibt, hält die Reichsleitung auch heute an der gestern behandelten Auffassung fest. Danach ist man noch wie vor bereit, mit den sozialdemokratischen Abgeordneten zu verhandeln, lehnt es dagegen ab, mit den Arbeitern in irgend welche Besprechungen einzutreten, so lange diese an den von ihnen aufgestellten politischen Forderungen festhalten.

Berlin, 30. Jan. Ein großer Teil der heutigen Morgenzeitungen, darunter das „Berliner Tageblatt“ und die „Berliner Morgenpost“, sind wegen des Ausstandes in Großberlin nicht erschienen. Die Zahl der Ausständigen soll, wie eine sozialdemokratische Korrespondenz meldet, im Laufe des gestrigen Nachmittags erheblich zugenommen haben.

Barmen, 30. Jan. Der Arbeiterausstand bewegt sich hier in sehr mäßigen Grenzen. Nur wenige Betriebe sind davon betroffen. Die Ausständigen, etwa 5 bis 600 Arbeiter der Rüstungsindustrie, verhalten sich durchweg ruhig, sodaß es nirgendwo zu Störungen des öffentlichen Lebens gekommen ist. Heute morgen ermahnen an allen Straßenenden angebrachte rote Plakate die Arbeiter zur Ruhe und Besonnenheit. Die Unterzeichner des Plakates, der deutsche und der christliche Metallarbeiterverband und einige andere Gewerkschaften, versprechen der Arbeiterschaft für Erfüllung ihrer Wünsche tätig zu sein. Sie fordern die Ausständigen auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen und warnen noch Arbeitende vor der Niederlegung der Arbeit.

Dortmund, 30. Jan. Die Ausstandsbewegung in den hiesigen Bezirken flaut ab; auf den meisten Felsen arbeiten heute mehr Leute als gestern. Die Arbeiter der Eisen- und Rüstungsindustrie lehnen überhaupt den Streik ab.

München, 30. Jan. Eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Betriebe beschloß gestern Abend auf Betreiben der Unabhängigen einen Streik auf drei Tage gegen die Stimmen des christlichen Metallarbeiterverbandes. Heute vormittag verbreitete Gerüchte über größere Ausstände erwiesen sich nach Mitteilung der Polizeidirektion als unbegründet. Es wird in sämtlichen Betrieben wie sonst gearbeitet.

Kürnberg, 30. Jan. Heute wird in allen Betrieben wieder gearbeitet. Der Demonstrationsstreik ist nach zweitägiger Dauer tatsächlich beendet.

Breslau, 30. Jan. Die Ausstandsbewegung hat in Schlesien keinerlei Anhang gefunden. Sowohl in der Breslauer Rüstungsindustrie als auch im ober-schlesischen und Waldenburger Grubenbezirk ist die Arbeit in vollem Gange. Arbeitsniederlegungen haben nicht stattgefunden und sind auch nicht zu befürchten.

Leipzig, 31. Jan. In Leipzig hat die Streikbewegung keinen größeren Umfang angenommen. Bei den Arbeitsniederlegungen handelt es sich zumeist um kleinere Betriebe, die kriegswirtschaftlich nicht in Frage kommen. Nur in den Deutschen Flugzeugwerken haben heute morgen etwa 1000 Mann die Arbeit niedergelegt. Der kommandierende General des 19. Armeekorps hat indessen bereits Anordnung getroffen, daß der Betrieb durch militärische Maßnahmen aufrecht erhalten wird.

Berlin, 31. Jan. In einer Zuschrift der „Germania“ heißt es: Sie handeln buchstäblich in die Fährten der Unternehmer. Denn die Berliner Industrie war

ohnehin wegen Kohlenmangel zu einem erheblichen Teil zum Stillstand gekommen. Nach den im Reichswirtschaftsrat getroffenen Vereinbarungen zwischen den Zentralstellen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände soll für die Kohlenlieferungen 70 v. H. des Lohnes als Entschädigung gezahlt werden, und zwar sollen die Unternehmer ohne weiteres fünf Schichten aus eigenen Mitteln bestreiten. Die sechste Schicht sollen die Arbeiter tragen, und, falls noch länger gearbeitet wird, soll das Reich fünf Schichten und die Arbeitgeber zwei Schichten der Kosten tragen. Durch den Berliner Streik wird die Kohlenknappheit in kurzer Zeit behoben sein mit dem Erfolg, daß die Berliner Industrien rund 10 Millionen ersparen, die sie sonst hätten ausgeben müssen für Entschädigungen an die Arbeiter für Kohlenlieferungen. Der Streik ist also buchstäblich ein Streik zum Schaden der Arbeiter und zum Vorteil der Unternehmer.“

Berlin, 31. Jan. (W. B. Amtlich.) Nachdem ich nunmehr den verschärften Belagerungszustand einführe, will ich die Bevölkerung nicht in Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde. Ich warne daher jeden ordentlichen Bürger, sich irgendwie an öffentlichen Zusammenkünften zu beteiligen. Jedermann gehe ruhig seinen Pflichten nach, halte sich von Aufmärschen fern, denn bei Gebrauch der Waffe läßt sich ein Unterschied zwischen Ruhestörern und Unbeteiligten nicht machen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken:

v. Kessel, Generaloberst.

Auf Grund von Gesetzen über den Belagerungszustand bestimme ich:

1. für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Nikolai, Spandau, und die Landkreise Teltow und Nieder-Varmin habe ich bis auf weiteres den Artikel 7 der Preussischen Verfassungsurkunde hiermit auf:

2. für die genannten Gebiete habe ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein (§ 10 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 51).

3. die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. 2.

Der Oberbefehlshaber in den Marken:

v. Kessel, Generaloberst.

Bad Homburg v. d. H., 28. Jan. Die Kaiserin traf heute früh wieder zu längerem Aufenthalt hier ein und nahm im Schloß Wohnung.

Bermischte Nachrichten.

* Rüdesheim, 1. Febr. Wir machen nochmals auf die Feier der hiesigen „Krieger- und Militärkameradschaft“ am Sonntag den 3. Februar abends 8 Uhr aufmerksam. Die Festrede hält der Ehrenvorsitzende des Vereins Herr Oberleutnant Rubale. Die Festmusik wird von einer kleinen Militärkapelle ausgeführt.

* Rüdesheim, 1. Febr. Am 7., 8. und 10. Februar finden in der Turnhalle dahier, 3 Vorstellungen der Volksbühne des städt. Generalkommandos XXI. A. K. zugl. für XVI. A. K. statt. Die erste Aufführung bringt und besingst untergänglich „Minna v. Barnhelm“. Die Querschnitte dieses klassischen Lustspiels wird sich auch hier glänzend erweisen. Der schalkhafte Geist, der aus dem Gemüts-tiefen deutschen Wesens aufwächst, wirkt gerade in unserer heutigen Zeit besonders aufrehtend und erfrischt. Es sind mehr als Wiederholungen, die in gemächlicher Breite die Sonne beleben. Deutscher Geist und deutsches Gemüt werden um unsere Anteilnahme und ermahnen uns gerade jetzt am Werte unserer Art festzuhalten. Darin, und in dem Herausarbeiten des Gegenfases dieser deutschen Wesens- und Sinnesart, zu den Gründern, aus denen sich die französische Komödie entwickelt hat, liegt der bleibende Wert dieses wahrhaft deutschen Lustspiels, dem wir heute so interessiert folgen, wie zur Zeit seiner Entstehung. Die Rollen sind in den Händen der ersten Künstler des Ensembles. Als 2. Vorstellung der Volksbühne findet am 8. Februar „Schneider Wibbel“, von Hans Müller-Schlösser statt, das mit seinen urkräftigen Szenen, seiner starken Charakteristik und seiner Belebung einer wahrhaft komischen Idee, ein Stück Leben vor uns aufstellt, und das wir mit Laune und Interesse ansehen, und das uns zeigt, wie Tragik und Komik, Sein und Schein sich berühren. Auch diese Aufführung kommt in ihrer lustigen Ausgeglichenheit der großen Theater gleich. Den Schluß des Vorstellungsbogens macht dann am 10. Februar Goethes erhabene „Iphigenie auf Tauris“. Das hohe Lied der Menschheit, erhebt sich stolz über dem Getriebe des Niedergangs, hinauf zu den Höhen rein menschlicher Ideale. Wie Goethe die Schicksalswirkung von Schuld und Sühne, den Blutrausch der Hellenen durch die humane Gesinnung unserer Zeit adelt und erhebt, wie er menschliche Regungen und Ziele dem Willen der Götter überordnet und den Konflikt durchaus bewußt erdenhaft löst, so hat er seinem Werk eine Kraft zugemessen, die solange wirkt und Segen bringt, solange es eine hoffende und glaubende Menschheit gibt. Die Aufführung ist zum Ereignis geworden, wohin die Volksbühne

sie gebracht hat und kann nur mit den Klassiker-Vorstellungen unserer ersten Hoftheater verglichen werden.

K. A. Rüdesheim, 1. Febr. Um entstandenen Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß die in den Anordnungen zu den Grundsätzen zu der Ernährungsfürsorge für werdende Mütter, Säuglinge und Kinder (Rheingauer Anzeiger Nr. 79 von 1917, Rheingauer Bürgerfreund Nr. 85 von 1917) unter Ziffer 3 angegebenen Mengen als Zulagen zu betrachten sind. Einem Säugling stehen demgemäß zu — außer den an die Allgemeinheit abzugebenden Lebensmitteln — 50 Gramm Zucker täglich, 200 Weizenmehl wöchentlich und 500 Gramm Nahrungsmittel den Monat. Anstelle des Weizenmehls kann eine entsprechende Zulage an Zwieback geliefert werden.

* Rüdesheim, 1. Febr. (Bauernregeln für Februar.) Ein gelinder Februar ist für den Landmann kein günstiges Vorzeichen, weil erfahrungsgemäß in solchem Falle „das dicke Ende nachkommt“. Die ausgebliebene Kälte pflegt sich dann umso sicherer im April oder Mai einzustellen. Darauf deuten die Bauernregeln: „Wenn's der Hornung gnädig macht bringt der Lenz den Frost bei Nacht“, „Friert's im Februar nicht ein — wird's ein schlechtes Kornjahr sein“ und manche andre. Starke Nebelbildung im Februar läßt auf eine anhaltende Nässe während des ganzen Jahres schließen, denn „Viel Nebel im Februar — viel Regen im ganzen Jahr“ oder „Klar Februar — gut Roggenjahr“. Dagegen verheißt richtige Februarwetter, namentlich um Maria Lichtmess herum, ein fruchtbares Jahr, wie die Bauernregeln besagen: „Wenn es Lichtmess stürmt und schneit — ist der Frühling nicht mehr weit — ist es aber klar und hell — kommt der Lenz dann nicht so schnell“ oder „Lichtmess im Schnee — Oken im Klee“.

* Rüdesheim, 2. Febr. (Ferngespräche aus dem Felde in die Heimat.) Nach einer am 1. Januar in allen deutschen Postgebieten in Kraft getretenen Bestimmung kann jeder Soldat aus dem Felde in dringenden Fällen telephonisch mit der Heimat verkehren. Ein Gespräch darf höchstens neun Minuten

dauern und kostet Mark 1.50, die der Heimatstelle aufgerechnet werden.

Bingen, 30. Jan. Reichstagsabg. Frhr. v. Heyl hat an den Landtagabg. Soberr-Bingen folgende Depesche geschickt: „Als Vorsitzender der in Rhein-angelegenheiten vereinigten rheinischen Rheingemeinden bin ich beauftragt, Sie zu bitten, den Heimgesuchten die wärmste Teilnahme und die Hoffnung auszu- drücken, daß es den beteiligten hilfsbereiten Regier- ungen bald gelingen möchte, die Mißstände im Strom- gebiet dauernd zu beseitigen. Persönlich übersende ich Ihnen 2000 Mk. als Gabe für rasche Hilfe.“

Wiesbaden, 30. Jan. (Eine gefährliche Schwin- derin.) Trotzdem sie erst 20 Jahre zählt, ist die Näherin Minna Birkenbach eine ganz gefährliche Schwindlerin, welche das Land die Kreuz und Quere durchzieht und dem Anschein nach lediglich aus ihren Schwindeleien und Diebstählen ihren Erwerb zieht. Eine Familie in Dieblich veranlaßte sie durch die Vorspiegelung, ihr Lebensmittel besorgen zu wollen, 21 Mark zu geben. Es wurde ihr auch in dem Hause Logis gegeben. Auf die Behauptung hin, daß ihr unmittelbar vorher die goldene Uhr, als sie am Rheinufer mit ihr gespielt, ins Wasser gefallen sei, eine Tulauf geliehen, als die Logisgeberin aber am nächsten Tage von einem kurzen Ausgange nach Hause zurückkehrte, war die Person unter Mitnahme eines 20-Mark Scheines, den sie einer Kommode ent- nommen hatte, verschwunden. Das Schöffengericht verurteilte die Schwindlerin und Diebin zu 7 Monaten Gefängnis.

Wiesbaden, 29. Jan. (Ein dreister Schwindler.) Dieser Tage ist hier wieder eine Frau auf einen recht plumpen Schwindel hereingefallen. Es erschien bei ihr ein junger Mann, welcher ihr versicherte, er habe in einem hiesigen Restaurant noch einen Posten von 40 Pfund prima blütenweißem Weizenmehl lagern, das er zum Preis von 3.50 Mark für das Pfund abzugeben gewillt sei. Die Frau fand sich auch gleich bereit, das Geschäft zu machen, und der Unbekannte entfernte sich dann. Einige Zeit später präsentierte er sich mit einem Säckchen, welches seiner Versicherung nach die vierzig Pfund Mehl enthielt,

und nahm dafür auch den ausgebrungenen Preis 140 Mark in Empfang. Als die Frau indes nach einiger Zeit den Inhalt einer Besichtigung unterzog, da fand sie, daß ihr kein Mehl, sondern nur Gips geliefert worden war.

Frankfurt, 29. Jan. Bei einer Streife durch den Hauptbahnhof griff ein Kriminalschutzmann in einem Wartesaal dritter Klasse einen französischen Fliegerleutnant auf, der aus einem Gefangenenlager entwichen war und in die Heimat zurückkehren wollte. Der Leutnant, der in der Kleidung halb Offizier halb Zivilist war, trug eine größere Geldsumme bei sich. Er stellte sich zunächst taubstumm, wurde aber nach kurzer Unterhaltung recht gesprächig.

Boppard, 29. Jan. Das Anwesen des Kur- hauses Marienberg A.-G. ist von den Ursulinerinnen von Kalvarienberg erworben worden. Diese beab- sichtigen dort unvorzüglich eine Landwirtschaftsschule für Frauen, verbunden mit Haushaltungsschule, ein- zurichten. Ein Seitenflügel des Gebäudes bleibt als Sanatorium für Frauen bestehen.

Koblenz, 29. Jan. Einen gefährlichen Post- marder hat die Strafkammer unschädlich gemacht. Im November fand man im Gepäckraum des Post- amts Kirm ein Stück Butter, das nur von einem Raub herrühren konnte. Bei einer Hausdurchsuchung bei dem Postkassierer Gullmann fanden sich auf dem Speicher große Massen von gestohlenen Postsendungen, die der sonst sparsam lebende Mann in zwei Jahren zusammengekauft hatte, 50 000 Stück Zigarren und Zigaretten, Tabak, Fleisch, Wurst, Mandeln, Kaffee, Tee, Zucker, Kalao, Bonbons, kondensierte Milch, Konserven aller Art, Bohnen, Erbsen, Linsen, Gerste, Scheren, Strümpfe Taschentücher, Stahlfedern, Bleistifte, Tintenstifte, Handtücher, Handschuhe, Hemden, Zigarren- und Zigarettenspitzen Seifenstücke u. a. m. Zwei Jahre hat er den Raub betrieben und in der Voruntersuchung gestanden, daß er etwa 120 große und 40 kleinere Pakete geraubt habe. Der Schaden belief sich auf mehrere Tausend Mark. Gullmann erhielt 3 Jahre und 2 Monate Gefängnis.

Redaktion: J. B.: G. Meißling.

Krieger- u. Militärkameradschaft

Rüdesheim a. Rh.

Die Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs findet **Samstag, den 3. ds. Mts.,** abends 8 Uhr im „Saalbau Rölz“ statt, verbunden mit der Uebergabe des Ehrenschildes zu dauernden Erinnerung an den Weltkrieg und als Denkmal für die Gefallenen des Vereins.

Die verehrl. Mitglieder des Vereins und deren Angehörige werden hierzu kameradschaftlichst eingeladen. Freunde und Gön- ner sind willkommen.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten

Der Vorstand.

Flottenbund deutscher Frauen.

Wohltätigkeits-Vorstellung

zum Besten der Hinterbliebenen der U-Bootmannschaften

Samstag, den 10. Februar 1918, nachm. 4 Uhr,
in der Turnhalle zu Rüdesheim

„Barbarina“

Singspiel in 3 Akten

unter Benutzung der Musik zur Operette „Prima Ballerina“
von Otto Schwarz.

— Preise der Plätze: —

Nummerierter Platz Mk. 2.50, unnummerierter Platz Mk. 1.50.

Kartenvorverkauf bei Frl. A. Reil und Frl. Anna Schneider.

— Kassenöffnung 3 Uhr. —

Druckarbeiten aller Art

fertigt A. Meier

Josef Prinz Elisabeth Prinz

geb. Röss

Vermählte

Assmannshausen

Alzey

2. Februar 1918.

Am 1. Februar 1918 sind 2 Nachtragsbekanntmachungen:

„Nr. Paga. 1200/11. 17. R.R.A. zu der Bekanntmachung Nr. W. III. 700/5. 17. R.R.A. vom 10. Juli 1917, betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden;

Nr. Paga. 1500/11. 17. R.R.A. zu der Bekanntmachung Nr. Paga. 1/10. 17. R.R.A. vom 23. Oktober 1917, betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfäden sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung“,

erlassen worden.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachungen ist durch Anschlag veröffent- licht worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps. Das Gouvernement der Festung Mainz.

Am 1. Februar 1918 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. W. II. 2700/12. 17. R.R.A. zu der Bekanntmachung Nr. W. II. 2700/2. 17. R.R.A. vom 1. April 1917, betreffend Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot), erlassen worden.

Der Wortlaut der Nachtragsbekanntmachung ist durch Anschlag veröffent- licht worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps. Das Gouvernement der Festung Mainz.

Herrschaftl. Wohnung

von 5 Zimmern, Garten, Veranda usw.
sofort im Neuter'schen Hause Graben- straße Nr. 19 in Rüdesheim am Rhein zu vermieten.

Evang. Kirche zu Rüdesheim.

Samstag, den 3. Februar:

(Gedächtnis)

Vorm. 1/2 10 Uhr: Hauptgottesdienst.
Vorm. 1/2 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.